

Österreich

Mehr aus und zu Österreich in der SZ
lesen Sie jeden Freitag im Newsletter.
Gleich kostenlos anmelden sz.de/oesterreich

Interview: Cathrin Kahlweit

Othmar Karas sitzt seit 1999 im Europaparlament. Derzeit ist er dessen Erster Vizepräsident, zweimal war er Spitzenkandidat der österreichischen Konservativen für die EU-Wahl. Manche sagen, er sei in Brüssel populärer als bei seinen Parteifreunden in Wien. Was daran liegen mag, dass er – nicht nur europapolitisch – kein Freund von Sebastian Kurz war und auch den derzeitigen Kurs der ÖVP in Teilen kritisch sieht. Im SZ-Interview fordert Karas mehr Engagement für die liberale Demokratie und klare Kante gegenüber der FPÖ.

SZ: Herr Karas, früher spürte man überall in Europa Euphorie über Reisefreiheit, eine gemeinsame Währung, das Friedensprojekt EU. Ist davon noch etwas zu merken?

Othmar Karas: Ja. Aber wir haben einen Umbruch, der seit dem Aufgehen des Eisernen Vorhangs noch nie so dramatisch war. Ich würde sogar behaupten, wir erleben den größten Transformationsprozess seit 1945. Es geht jetzt um eine Richtungsentscheidung zwischen Populismus und Verantwortung. Es geht darum, wie die Politik die Komplexität der Lage meistert. Die Visionen der Europäer sind die gleichen geblieben, aber was zu kurz kommt, ist, dass wir mit Leadership, Mut und solidarischem Handeln an die Herausforderungen herangehen – und nicht wie das Kaninchen vor der Schlange vor Extremisten und Populisten stehen.

Viele Menschen wissen gar nicht so recht, was europäische Werte eigentlich sein sollen. Was sind Ihre?

Viele nehmen das, was wir europäische Werte nennen, als selbstverständlich wahr – und nicht als etwas, das wir uns erarbeitet haben und verteidigen müssen. Es ist Friede in Freiheit, liberale Demokratie, Gerechtigkeit, Antidiskriminierung, die Akzeptanz der Vielfalt. Es ist Rechtsstaatlichkeit. Diese Werte sind bedroht.

Populisten kritisieren, dass die EU – zumal angesichts der aktuellen Polykrise – nicht mehr handlungsfähig sei. Was antworten Sie denen?

Es steht außer Streit, dass wir an unsere Grenzen stoßen und sich viele von Boten der Rechtspopulisten und Rechtsextremen angesprochen fühlen. Diese polarisieren, sie weisen Schuld zu, sie schüren Ängste, sie sind gegen die parlamentarische Demokratie und verachten ihre Suche nach Kompromissen. Die politischen

„Es ist ein Mangel an Mut, die Auseinandersetzung mit den Rechtspopulisten zu führen.“

Kräfte in Verantwortung bieder sich aber zu sehr an die Extreme an, statt selbstbewusst den europäischen Wert der solidarischen Zusammenarbeit zu leben. Ich bin felsenfest überzeugt, dass, wenn wir uns nicht anbiedernd, sondern an Lösungen arbeiten, wir den Extremen und Populisten

rechts wie links die Grundlage für ihre Politik entziehen können.

Dass die Anbiederung an rechts außen jenen mehr schadet, die sich anbiedernd, als den Rechtspopulisten selbst, das ist unstrittig. Dennoch tun es viele Parteien, nicht zuletzt die ÖVP. Warum wird dieser Fehler immer wieder gemacht?

Es ist Schwäche und Bequemlichkeit. Und der Mangel an Mut, die Auseinandersetzung zu führen. Es ist schwieriger, gemeinsam nach Antworten auf komplexe Fragen zu suchen, als in den populistischen Kanon mit einzustimmen. Hier liegt für mich die Verantwortung der politischen Mitte. Viktor Orbán sagt, er vertrete europäische Werte. Er will offiziell auch keinen Huxit. Dennoch betreibt Ungarn einen antieuropäischen Nationalismus und hetzt gegen europäische Eliten. Zugleich will Orbán Milliarden von der EU. Diese Ambivalenz scheint ein neuer Trend zu sein, denn der Ungar ist für viele Rechtspopulisten ein Role Model.

Die liberale Demokratie ist von außen – und von innen – unter Druck. Nicht nur die Putins und Trumps dieser Welt sind unser Problem. Der schleichende Übergang von der Demokratie zu autoritären Systemen hat immer auch mit dem Missbrauch

„Blind. Und feig.“

Othmar Karas ist seit einem knappen Vierteljahrhundert ÖVP-Abgeordneter in Brüssel. Langsam fängt er an, sich Sorgen um die EU zu machen. Von der politischen Mitte fordert er eine klare Haltung gegenüber Rechtspopulisten wie Orbán und Kaczyński



„Es geht um die Entscheidung zwischen Populismus und Verantwortung“, sagt Othmar Karas. FOTO: EUROPEAN PARLIAMENT

demokratischer Institutionen und Instrumente begonnen. Viktor Orbán in Ungarn und Jarosław Kaczyński in Polen begründen ihr Verhalten mit der demokratischen Legitimierung durch ihre Wahl. Wir erleben solche Entwicklungen auch in anderen Mitgliedstaaten, in Österreich etwa, Stichwort FPÖ, oder in Deutschland, Stichwort AfD. Man muss deren Themen aufgreifen, aber nicht ihre Methoden. Früher hat man auf Entwicklungen wie in Ungarn und Polen die Antwort bekommen: Das ist nationale Souveränität, das geht die EU nichts an. Daher bin ich froh, dass wir jetzt endlich beginnen, uns einzumischen und unser Rechtssystem nutzen, Sanktionsmechanismen zu debattieren.

Die EU-Kommission hat Orbán aber sehr lange zugeschaut. Die Europäische Volkspartei, die EVP, brauchte ihn, Angela Merkel ging immer sehr pfleglich mit ihm um, Karl Nehammer hofiert ihn regelrecht. Könnte man sagen, die EU ist zu lange opportunistisch gewesen?

Blind. Und feig. Das ist ja genau die Frage des politischen Willens und Bewusstseins. Aber: Da sind wir einen gewaltigen Schritt nach vorne gekommen – was rechtliche Möglichkeiten und die Auseinandersetzung angeht. Es ist eine gefährliche Zeit,

und wir müssen beweisen, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben. Ich habe zwar daran mitgewirkt, dass Fidesz (Orbán's Partei, Anm. d. Red.) die EVP verlassen hat. Aber damit habe ich das Problem, das die EU mit Orbán hat, nicht beseitigt. In Polen gibt es immerhin eine starke Opposition, in Ungarn leider nicht. Und ja, der Instrumentenkasten der EU reicht nicht aus, um diese Probleme zu bewältigen. Wir haben Geld einbehalten mithilfe des Rechtsstaatsmechanismus, wir haben die Debatte darüber, dass Ungarn 2024 den Ratsvorsitz übernimmt – das alles hätte es vor einer Weile noch nicht gegeben. **Das Rechtsstaatsverfahren läuft so vor sich hin, Ungarn schlägt Reformen vor, die aber nie ausreichend sind. Wie muss man den EU-Instrumentenkasten also nachrüsten? Und was die Ratspräsidentschaft Ungarns angeht: Die kann man rechtlich nicht verhindern, aber wie kann man Orbán einhegen?**

Die Instrumente der EU sind beim schleichenden Übergang von der liberalen Demokratie und einer unabhängigen Justiz zu einem autoritären System nicht ausreichend. Die Resolution des Parlaments zur ungarischen Ratspräsidentschaft zeigt immerhin, dass man nicht zur Tagesordnung

übergeht. Das Parlament kann Konsequenzen ziehen, wenn sich Ungarn nicht als ehrlicher Makler erweist.

Wäre die Zustimmung für die EU noch mehr gefährdet, wenn eine Erweiterung durch die Balkanstaaten und die Ukraine, Moldau, eventuell Georgien ansteht? Weil das sehr unpopulär ist?

Wladimir Putin hat es nie ertragen, wenn sich Bürger auf die Seite der Demokratie gestellt haben. Mich hat der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine eines gelehrt: Die Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur wird stärker, wir müssen diesem Systemunterschied aber auch einen Preis geben. Jahrelang haben wir in Energieabhängigkeit von Russland gelebt wegen des billigen Öls, des billigen Gases. Das gilt auch für China, wo die Produktion billiger war – wir haben auch da den Preis ignoriert, den wir dafür gezahlt haben. Die EU wurde 1957 zur politischen Antwort auf die Erfahrungen in den Weltkriegen. Sie wurde 1989 zum politischen Projekt der Überwindung der Dreiteilung Europas. Der Krieg gegen die Ukraine hat jetzt gezeigt, dass die EU das politische Instrument zur Einigung aller demokratischen Staaten in der EU werden muss. Wir müssen daher für die Vertiefung und für die Erweiterung werben.

„Die Aussage des Bundeskanzlers zu Herbert Kickl ist klar.“

Österreichs Regierung ist bei der Abkehr von russischem Öl und Gas nicht weit gekommen. Und eine klare Ansage, alle wirtschaftlichen und politischen Verbindungen ins offizielle Russland zu kappen, ist von der ÖVP so nicht zu hören. Wie kritisch sehen Sie in dieser Frage Ihre Parteifreunde, Ihren Kanzler?

Im Einsatz für die liberale Demokratie muss die politische Mitte in Zukunft die gleiche Klarheit an den Tag legen wie die Populisten. Ich habe die Erklärung des Bundeskanzlers zur FPÖ wahrgenommen. Aber die Aussage zu Herbert Kickl ist klar, ebenso wie die Aussage, dass wir uns zu hundert Prozent an allen Sanktionen gegen Russland beteiligen.

Mit der FPÖ will man arbeiten, mit Kickl nicht? Wie begründet man das?

Die Absage gilt für mich nicht nur einer Person, denn es ist nicht zu erkennen, dass in der FPÖ über den Kurs von Herbert Kickl debattiert würde.

Sie fordern Klarheit und Leadership, wollen Sie das, wie gemunkelt wird, bei der nächsten Wahl mit einer „Liste Karas“ umsetzen?

Ich werde das tun, was ich für notwendig halte und für das Richtige werben. Wo und wie, ist noch nicht entschieden.

Podiumsdiskussion im Burgtheater

Unter dem Titel „Aufwachen, bevor es wieder finstern wird“ diskutieren Othmar Karas, Michel Friedman, Hedwig Richter und Bartosz T. Wielinski am Sonntag um elf Uhr im Burgtheater. Die Moderation übernimmt SZ-Korrespondentin Cathrin Kahlweit. Weitere Informationen und Karten: burgtheater.at